Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
Federführender Fachbereich
Jugend und Soziales

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0039/2023
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	23.02.2023	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Darstellung der personellen Situation und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023 aus den in die Zuständigkeit des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann fallenden Bereichen

Inhalt der Mitteilung:

Die Beschreibung der Personalsituation in den Fachbereichen war bereits Bestandteil der Anlage 1 zu Top Ö 11 „Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2023“ in der Sitzung des Rates am 13.12.2022 und wurde an die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Jugend und Soziales und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023; hier Bereich Soziales

I. Soziales

Der Sozialbereich im Fachbereich 5 umfasst die beiden Abteilungen 5-50 (Soziale Förderung) mit den Themen Unterbringung und Versorgung sowie die Abteilung 5-53 (Soziale Stadtentwicklung) mit den Bereichen Integration, Betreuung und Senioren.

Die kriegerischen Ereignisse in der Ukraine haben die Aufgaben des Fachbereichs Jugend und Soziales im Jahr 2022 einschneidend verändert und wirken auch in den kommenden Jahren weiter nach. Die 2022 erfolgte kurzfristige Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten wird sich, insbesondere mit dem Blick auf Unterbringung und Integration, langfristig auf das Leben in Bergisch Gladbach und die Aufgaben der Verwaltung auswirken. Aktuell sind bspw. mehrere hundert Menschen in Privatwohnungen von Freunden, Angehörigen und Unterstützern untergebracht. Es ist nicht absehbar wann, aber sehr wahrscheinlich, dass diese Menschen in naher Zukunft in den Wohnungsmarkt integriert werden müssen. Ebenso steht die Integration einer Vielzahl von Kindern und Jugendlichen in Kitas, OGS und Schulen an, ungeachtet der jetzt schon bestehenden Raumnot und des feststehenden Sanierungsstaus insbesondere bei OGS und Schulen. Auch Integrationsarbeit kann nicht zurückgestellt werden, da nicht absehbar ist ob oder wann sich eine Rückkehroption für die geflüchteten Menschen ergeben wird. Kurzfristig in 2022 bereitgestelltes Personal wird daher auch in den kommenden Jahren erforderlich sein, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Auch das neue Betreuungsorganisationsgesetz, mit dem die Betreuungsbehörden ein erhebliches Maß an neuen, zusätzlichen Aufgaben übertragen bekommen haben, wird sich ab 2023 in zunehmendem Maße auf die Personalsituation der Betreuungsstelle auswirken.

Aktuelle Personalsituation

5-50

Die Aufgaben der Abteilung 5-50 werden von 55 Mitarbeitenden auf 54,0 Stellen wahrgenommen. Einbezogen sind 6 befristete Einstellungen aufgrund der beschriebenen Krise. 4,5 Stellen sind aktuell vakant.

Die hier eingesetzte und aufgrund der Vakanzen unterversorgte Personaldecke bildet das Minimum des erforderlichen Personals ab, um eine dem notwendigen Standard entsprechende Sachbearbeitung in der Betreuung und Versorgung geflüchteter Menschen sowie der Akquise und Bewirtschaftung des erforderlichen Wohnraums zu gewährleisten. Die im Stellenplanantrag des Fachbereichs 5 enthaltenen Stellen dienen ausschließlich der Entfristung der kurzfristig eingerichteten, aber langfristig erforderlichen

Stellen, sowie der dringend erforderlichen Ergänzung des Sachgebiets 5-500 Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII um eine 0,5-Stelle. Zusätzliche Dynamik entsteht bereits jetzt – neben den Kriegsvertriebenen aus der Ukraine – durch wieder deutlich steigende Flüchtlingszuströme aus anderen Regionen (so z.B. über die sog. „Balkanroute“). Schon jetzt sind die Gesamtzahlen ähnlich hoch wie während der „Flüchtlingskrise“ 2014 – 2016.

- Organisationseinheit - Aufgabenbereich - Umfang - Wert	Begründung	Votum Verwaltungsvorstand
5-500 SB Grundsicherungsleistungen SGB XII 0,5 EG 09c / A 10	Die Überleitung des Leistungsanspruchs ukrainischer Kriegsvertriebener in die SGB II und XII führt hier zu einem Fallzahlenaufwuchs, der den durch den demografischen Wandel ohnehin bedingten Zuwachs noch verstärkt. Es ist daher davon auszugehen, dass die Anzahl der Leistungsberechtigten Menschen in den kommenden Jahren weiter ansteigt. Noch unklar und daher nicht einbezogen sind hier die konkreten Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung	Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023
5-501 Soziale Betreuung 2,0 S 12	Bis Februar 2022 wurden rd. 730 geflüchtete Menschen mit 6,0 Stellen Sozialarbeit betreut. Seitdem haben rd. 1.100 Menschen aus der Ukraine im Stadtgebiet Schutz gefunden und müssen betreut werden. Aufgrund der großen Hilfsbereitschaft der Stadtgesellschaft wird ein großer Teil dieser Betreuungsleistung durch Mentoren*innen und Ehrenamtler*innen aufgefangen. Viele dieser privaten Unterstützungen werden allerdings nur temporär verfügbar sein und viele privat untergekommene Geflüchtete werden in neuen Wohnraum vermittelt werden müssen. Die soziale Betreuung stellt sich somit als Daueraufgabe dar. Die Personalanforderung von „nur“ 2,0 Stellen berücksichtigt hierbei die Altersstruktur der Geflüchteten und geht davon aus, dass ein Großteil der Integrationsarbeit auch über künftige Kita- und Schulbesuche geleistet werden kann	Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023 Fortsetzung der bis 2024 befristeten Beschäftigungen
5-503 SB Bewirtschaftung Unterkünfte 2,0 EG 09c / A 10	Über die Hälfte der ukrainischen Kriegsvertriebenen sind derzeit noch in privatem Wohnraum aufgenommen. Die Anfragen, wann diesen Menschen Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, nehmen täglich zu. Es ist daher davon auszugehen,	Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023 Fortsetzung der befristeten Beschäftigungen; hier bis 2025

	<p>dass mittelfristig ein Großteil der rd. 600 privat untergebrachten Menschen in Wohnungen oder in städt. Unterkünften untergebracht werden muss. Dieser Wohnraum muss akquiriert und dauerhaft bewirtschaftet werden.</p> <p>Angebote Wohnräume müssen besichtigt, übernommen und Mietverträge abgeschlossen werden. Ggfs. sind Renovierungsmaßnahmen zu beauftragen. Wohnkosten sind abzurechnen.</p> <p>In Vorbereitung auf die dauerhafte Unterbringung der geflüchteten Menschen werden immer mehr – auch große – Objekte angemietet, deren Instandsetzung und Ausstattung in der Hand des FB 5 liegen. Diese Objekte werden über Jahre hinaus durch das SG 5-503 bewirtschaftet werden müssen</p>	
<p>5-503 SB Benutzungsgebühren 1,5 EG 9a / A 9 m.D.</p>	<p>Alle in städt. oder von der Stadt angemieteten Unterkünften untergebrachten Bedarfsgemeinschaften sind formal in Wohnungen einzuweisen und mit Benutzungsgebühren zu belegen. Eine zeitnahe Fallbearbeitung ist insbesondere vor der erfolgten Überleitung des Leistungsanspruchs in die SGB II u. XII relevant, da hier Kostenerstattungen anderer Sozialleistungsträger geltend zu machen sind oder die Bewohner*innen aufgrund ihres Zugangs zum Arbeitsmarkt über Einkommen verfügen. Da sich Belegungssituationen in Sammelunterkünften häufig ändern, sind die Benutzungsentgelte oftmals mehrfach im Jahr anzupassen und zu bescheiden. Den beantragten Stellen liegt die Annahme zugrunde, dass rd. 50 % der Ukrainer*innen eigene Mietverhältnisse abschließen werden.</p>	<p>Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023 Fortsetzung der bis 2024 befristeten Beschäftigungen</p>

5-53

Der Betreuungsstelle (5-53) werden durch das neue Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) ab dem 01.01.2023 in erheblichem Maße neue, damit zusätzliche und umfangreichere Aufgaben übertragen (s. Vorlage ASWDG v. 18.11.2021; DS-Nr. 0641/2021 sowie v. 19.05.2022, DS-Nr. 0258/2022). Für die bisherigen Aufgaben waren die im Stellenplan 2022 verankerten 4,5 Stellen bei 5 Mitarbeitenden bereits knapp bemessen. Das BtOG macht in diesem Bereich die Zusetzung einer weiteren Stelle in der Sozialarbeit sowie einer 0,5-Stelle für Verwaltungstätigkeiten dringend erforderlich. Es wird darauf hingewiesen, dass andernfalls eine ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung nicht mehr gewährleistet werden kann.

Das Seniorenbüro (5-53) befindet sich aktuell in einer Phase des Umbruchs. Die Rückübertragung der Pflegeberatung auf den Rheinisch-Bergischen Kreis sowie die Verrentung 2 langjähriger Fachkräfte bieten den Anlass, die Seniorenarbeit neu aufzustellen. Im Zuge dieser Überlegungen ist beabsichtigt, zunächst auf die Nachbesetzung einer Stelle zu verzichten und diese als **Konsolidierungsbeitrag** einzubringen. Aktuell werden die Aufgaben mit 4 Fachkräften bei 3,5 Stellen wahrgenommen.

Obwohl die Zielgruppe der Bevölkerung Ü 60 wächst, steht die Stadt vor der Herausforderung, einerseits ein attraktives Unterstützungsangebot zu machen und dennoch zum Ziel der Haushaltskonsolidierung beizutragen.

Im November 2021 wurde es aufgrund der zunehmenden Aufgaben und zur Optimierung der Arbeitsprozesse in der Abteilung 5-53 erforderlich, ein Sachgebiet „Soziale Stadtentwicklung“ (5-530) einzurichten. Es war beabsichtigt, die Leitungsfunktion intern auf eine der Stellen zu übertragen. Dies lies sich bisher nicht realisieren. Dem Sachgebiet sind - incl. Leitungsfunktion - 6,0 Stellen zugeordnet, von denen aktuell 2,5 Stellen vakant sind. Der nach wie vor anhaltende und zunehmende Zustrom geflüchteter Menschen aus aller Welt verdeutlicht die Bedeutung der im Sachgebiet 5-530 verorteten Integrationsarbeit, gerade auch für die kommenden Jahre.

- Organisationseinheit - Aufgabenbereich - Umfang - Wert	Begründung	Votum Verwaltungsvorstand
5-53 Soziale Arbeit Betreuungsstelle in Kombination mit Sachgebietsleitung 1,0 S 12 / S 17	Das zum 01.01.2023 in Kraft tretende Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) weist den Betreuungsbehörden eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben, sowohl im pädagogischen wie auch im administrativen Bereich zu, die mit dem vorhandenen Personalbestand nicht zu leisten sind (s. Vorlage ASWDG v. 18.11.2021; DS-Nr. 0641/2021). Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) sowie der Deutsche Verein haben Empfehlungen zur Personalermittlung entwickelt, auf deren Basis sich ein realistischer Personalbedarf von 2,5 – 4 zusätzlichen Stellen für pädagogische Arbeit und für Verwaltungstätigkeiten errechnet. Da dieses Ergebnis aufgrund verschiedener, noch unklarer Faktoren nicht valide ist, wurden zunächst aus einer äußerst defensiven Grundhaltung heraus nur 1,0 Stellen für den pädagogischen Bereich, die zugleich die Sachgebietsleitung übernehmen soll, sowie eine 0,5-Stelle für Verwaltungstätigkeiten beantragt.	Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023: Zunächst befristete Einstellungen
5-53 SB Verwaltung Betreuungsstelle 0,5 EG 08 / A 8	(This cell content is identical to the one above, as per the image)	Keine Aufnahme in den Stellenplanentwurf 2023: Zunächst befristete Einstellungen

Konsolidierungsvorschlag:

Im Rahmen der Neuausrichtung der Aufgaben des Seniorenbüros hat Fachbereich 5 vorgeschlagen, ab dem 01.01.2023 auf die Nachbesetzung einer VZ-Stelle zu verzichten. Ebenfalls wurde im Rahmen der Budgetkonferenzen der Verzicht auf eine 0,5-Stelle m. D. in der Abteilung 5-50 angeboten.

Darstellung der personellen Situation im Fachbereich Finanzen und der daraus resultierenden Anforderungen für den Stellenplan 2023; hier: Wohnungswesen

Auszug aus der Vorlage des Rates vom 13.12.2022:

„Das Aufgabengebiet „Wohngeld“ verzeichnet einen starken Anstieg der Fallzahlen in 2022. Die Einführung der Grundrentenzeiten und der hieraus resultierende Mehraufwand sind noch immer spürbar. Die Abfrage der Grundrentenzeiten bei den Rententrägern verläuft schleppend und verzögert die mögliche Neuberechnung. Die bevorstehende Wohngeldreform, die ab dem 01.01.2023 greifen soll, wird den starken Anstieg der Fallzahlen zusätzlich dramatisch erhöhen. Der Gesetzgeber erwartet eine Verdreifachung der Antragszahlen! Es bleibt zunächst die Entwicklung am Jahresanfang abzuwarten, und Erfahrungswerte hinsichtlich der angeschafften IT-Module und der Einführung des Dokumentenmanagementsystems sind auszuwerten und in der Folge im Stellenplanverfahren 2024 entsprechend zu berücksichtigen.

Das Aufgabengebiet „Wohnberechtigung“ ist mit einer Ganztagsstelle vollbesetzt. Der Beratungsaufwand innerhalb der Wohnberechtigung ist jedoch angestiegen, welcher zum einen auf die Flüchtlingswelle aus der Ukraine, als auch auf die steigenden Lebenshaltungskosten in Deutschland zurückzuführen ist. Die Bürger*innen sind verängstigt und suchen nach Unterstützung.

Das Aufgabengebiet „Wohnungskontrolle“ ist ebenfalls planmäßig besetzt. Die Wohnungsaufsicht ist mittels des neuen Wohnungsaufsichtsgesetzes in 2014 an die Wohnungskontrolle angegliedert worden. Seit Etablierung des Wohnungsaufsichtsgesetzes verweisen andere Stellen (Gesundheitsamt oder Mieterverein) verstärkt auf die Stadt Bergisch Gladbach. Die Beratungstätigkeit innerhalb der Wohnungskontrolle ist stetig angestiegen, da Bürger/innen deutlich mehr Unterstützung seitens der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen wollen.

Die beschriebene Entwicklung belastet die Abteilung und bringt die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter an Leistungsgrenzen. Mit der derzeitigen Personaldichte ist - im Hinblick auf die bevorstehende Wohngeldreform und die damit verbundene, erwartete Verdreifachung der Anträge – das Arbeitspensum schlichtweg nicht zu bewältigen. Es wird sich nicht nur die Bearbeitungszeit, sondern auch die Auszahlung des dringend benötigten Wohngeldes sowie die Bearbeitung von Klärfällen erheblich verzögern.

Das Team ist motiviert und effizient. Zur Vermeidung der Überforderung wird sich voraussichtlich ein Antrag zum Stellenplan 2024 nicht vermeiden lassen; dies trotz Berücksichtigung der durchaus fordernden Haushaltssituation.“

Nachträgliche Aktualisierung: Stand 20.01.2023:

Prozessoptimierungen und die bisherigen Digitalisierungsmaßnahmen (die in 2023 noch deutlich zunehmen werden) in der Abteilung Wohnungswesen haben bewirkt, dass in 2022 nicht nur deutlich mehr Anträge bearbeitet werden konnten und können, sondern auch die durchschnittliche Bearbeitungszeit konnte um eine Stunde je Vorgang reduziert werden.

Die Abteilung Wohngeld wird momentan durch zwei Nachwuchskräfte unterstützt, die in diesem Jahr voraussichtlich ihre Ausbildung beenden werden. Es wurde bereits beantragt, diese Kolleginnen nach erfolgreicher Abschlussprüfung dauerhaft dem Wohngeld zuzuweisen und sie zunächst auf einer Rotationsstelle zu führen, bis die Einrichtung zweier neuer Stellen im *Stellenplanverfahren 2024* genehmigt ist. Darüber hinaus erfolgt aktuell eine vorübergehende Unterstützung (0,5 Stellenanteil) aus einer im Fachbereich 2 angesiedelten Springerstelle. Ein befristetes Beschäftigungsverhältnis über die Dauer von 2 Jahren ist in Kürze geplant. Gleichwohl befindet sich seit Mitte Januar eine Praktikantin in der Abteilung, die voraussichtlich ein halbes Jahr verbleibt und aufgrund ihrer Vorerfahrungen ebenfalls einen Beitrag zur Erleichterung beitragen kann.

Die Belastungssituation in den nächsten Wochen bleibt abzuwarten, und Erfahrungswerte hinsichtlich der angeschafften IT-Module und der Einführung des Dokumentenmanagementsystems sind auszuwerten.